



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

47. Sitzung (öffentlich)

15. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Inge Lagemann (SPD) (stellv.)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2833

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4202

a) Einzelplan 01 - Landtag

Zum Einzelplan 01 - Landtag - ergeben sich keine Nachfragen.

b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Der Ausschuß erörtert ihn betreffende Aspekte des Einzelplans 02 und verständigt sich sodann auf den weiteren Terminfahrplan für die Haushaltsberatungen.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert stellvertretende Ausschußvorsitzende Inge Lagemann dem Abgeordneten Hermann-Josef Schmitz (CDU) im Namen des gesamten Ausschusses zum 63 Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Sodann teilt sie mit, den an der Sitzungsteilnahme verhinderten Staatssekretär Adamowitsch vertrete heute Regierungsangestellter Cordes (Staatskanzlei) als Leiter des Arbeitsstabes für Europapolitik und internationale Beziehungen.

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2833

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4202

Zu den "Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen" im Einzelplan 01 - Landtag - gibt es aus dem Ausschuß keine Nachfragen.

Sodann befaßt sich der Ausschuß mit den Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei:

Kapitel 02 030 Internationale Zusammenarbeit

Titel 531 00 - Veröffentlichungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger

Zur Frage der **Ilka Keller (CDU)**, weshalb der Ansatz auf Null reduziert worden sei, macht **Regierungsangestellter Cordes (StS)** darauf aufmerksam, daß die Mittel ausschließlich für die Öffentlichkeitsarbeit und weitere Maßnahmen im Umfeld des Europagipfels im Juni und des G7/G8-Gipfels bezögen. Dieser Verstärkungstitel sollte planmäßig nach Ablauf der Maßnahmen entfallen.

Titel 534 20 - Europainitiative NRW-

Auch in dem Fall, führt auf eine entsprechende Nachfrage der **Ilka Keller (CDU) Regierungsangestellter Cordes** aus, handele es sich um Verstärkungsmittel, die auf Beschluß des Landesparlaments im letzten Jahr ausgewiesen worden seien. Bezogen seien sie auf die deutsche Ratspräsidentschaft. Vom Trend her liege der Ansatz dieses Titels normalerweise bei einer Größenordnung von 450.000 DM.

Titel 686 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland

Zur Frage der **Ilka Keller (CDU)**, weshalb der Ansatz um 27.000 DM gekürzt worden sei, erläutert **Ministerialrat Backhausen (Staatskanzlei)**: Hierbei handele es sich um den Anteil der "Internationalen Zusammenarbeit" zur Haushaltskonsolidierung. Die meisten Titel seien jedoch weitgehend unberührt geblieben.

Titel 684 50 - Zuschüsse zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg

Ilka Keller (CDU) erstaunt die erhebliche Ausweitung des Titelansatzes. Normalerweise müßten doch die Beziehungen zu den Benelux-Staaten ausgezeichnet sein.

Dieser neue Titel, antwortet **Regierungsangestellter Cordes**, reflektiere die Absicht des Ministerpräsidenten, den ohnehin schon guten Beziehungen in Zukunft noch weitere Impulse zu geben. Geleistet würden Zuschüsse für die Zusammenarbeit unter anderem bei kulturellen Veranstaltungen und Bildungsveranstaltungen sowie für alle Maßnahmen des Personalaustauschs, die in diesem Bereich sinnvoll erschienen.

Auf Arbeitsebene sei die Vorstellung entwickelt worden, einen Personalaustausch mit den Staaten des Benelux-Raums unter Einbeziehung Frankreichs vorzunehmen. Zielgruppe seien junge Führungskräfte und Personal aus dem administrativen Bereich. Die Aktivitäten auf diesem Feld sollten intensiver betrieben werden als in der Vergangenheit.

Ilka Keller (CDU) resümiert, daß es sich damit wohl um eine vorsorgende Maßnahme handele, da bisher noch nichts konkret Faßbares vorliege. - **Regierungsangestellter Cordes** bestätigt, daß es sich um die haushaltsmäßige Vorsorge für in der Zukunft liegende Entscheidungen handele.

Stellvertretende Ausschußvorsitzende Inge Lagemann fragt nach, wie sich die Benelux-Staaten einbrächten? - **Regierungsangestellter Cordes** antwortet, die Aufgeschlossenheit der Gesprächspartner sei groß. - **Ilka Keller (CDU)** fragt nach, ob nur Nordrhein-Westfalen einen finanziellen Beitrag leiste. - Bislang sei, teilt **Regierungsangestellter Cordes** mit, der Titel nur auf nordrhein-westfälischer Seite eingerichtet worden. Gesprächskontakte bestünden, daß ähnliches mittelfristig auch "auf der anderen Seite" seine Entsprechung finde.

Kapitel 02 040 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik

Titel 631 20 - Erstattungen an den Bund

(Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung - DSE)

Auf die Bitte der **Ilka Keller (CDU)** um Erläuterung, führt **Ministerialrat Backhausen (Staatskanzlei)** aus: Wie im Erläuterungsband dargestellt, erstatte das Land dem Bund Kosten, die mit der Vermietung von Räumen an die DSE verbunden seien. Im Einvernehmen mit dem Land habe der Bund in der Liegenschaft Tulpenfeld Büroräume auf sieben Jahre für die von Berlin nach Bonn ziehenden Liegenschaften angemietet. Einen Teil der Kosten erstatte Nordrhein-Westfalen als neues Sitzland dem Bund in dem Rahmen, wie es vorher für das Sitzland Berlin der Fall gewesen sei.

Titel 686 00 - Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland

Zur Frage der **Ilka Keller (CDU)** nach dem Grund für die Kürzung bei diesem Titel teilt **Ministerialrat Backhausen** mit: Wie schon bei der Internationalen Zusammenarbeit habe auch die "Eine-Welt-Politik" ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen. Dieser Beitrag schlage sich im in Rede stehenden Titel nieder.

Nach ihrer Berechnung habe, moniert **Ilka Keller (CDU)**, die Landesregierung gegenüber dem letztjährigen Ansatz wieder gekürzt, und zwar um 517.000 DM. - **Ministerialrat Backhausen** stellt klar: Gegenüber dem Ansatz von 1999 - knapp 5,4 Millionen DM - werde aufgrund der Verlagerung der Institutionen von Berlin nach Bonn der Ansatz erhöht. Netto belaufe sich diese Erhöhung auf 4,5 Millionen DM. Die aus der Verlagerung entstehenden

Kosten summierten sich auf knapp 4,9 Millionen DM. Die Reduzierung bei den bisherigen Maßnahmen in der Eine-Welt-Politik betrage 354.000 DM.

Ilka Keller (CDU) bittet um konkrete Angaben zur Umschichtung in Bezug auf die Verlagerung von Berlin nach Bonn. - Infolge der Umsetzung des Berlin-Bonn-Beschlusses, legt **Ministerialrat Backhausen** dar, habe das Land schon vor geraumer Zeit beschlossen, Sitzland für das DSE und das DIE zu werden. Mit beiden Organisationen habe es während ihrer Anwesenheit in Berlin Verträge und Vereinbarungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin gegeben. Nordrhein-Westfalen habe diese Verpflichtungen als neues Sitzland übernommen.

Nieder schlage sich dies in den Titeln zur Mietkostenübernahme - Titel 631 10 und 631 20 - sowie den Zuschüssen - 685 30 und 685 40 - als Finanzierungen in den Haushalt beider Einrichtungen, und zwar in demselben Rahmen, wie Berlin das zuvor geleistet habe: Bei der DSE gehe es um 500.000 DM Zuschußmittel und bei der DIE um 1,7 Millionen DM, die dort in den Wirtschaftsplan hineingegeben würden. Zuletzt betroffen sei der Titel 831 00, nämlich der Erwerb der Anteile des Landes an der DIE.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Ilka Keller (CDU) teilt mit, daß ihre Fraktion hierzu Fragen stellen wolle, die allerdings im Rahmen der in der kommenden Woche stattfindenden Sitzung abgehandelt werden sollten.

Stellvertretende Ausschußvorsitzende Inge Lagemann teilt sodann mit, daß in der kommenden Woche zu zwei Ausschußsitzungen eingeladen werde. Als "zusätzlicher Termin" werde Mittwoch, 24. November 1999, anberaumt, um den Haushalt in den ausschüßrelevanten Teilen abschließend zu beraten. - Die Sitzung am 22. November sei als normale Sitzung veranschlagt und beinhalte Themenvorschläge der CDU-Fraktion (siehe Anlage zu diesem Ausschußprotokoll).

Ilka Keller (CDU) sieht für ihre Person insofern terminliche Schwierigkeiten, als sie am 24. November auch im Wirtschaftsausschuß anwesend sein müsse. Außerdem rege sie für die Zukunft eine Straffung der Tagesordnungen an, so daß die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Aufwand für die Anreise nach Düsseldorf und dem zu beratenden Themenkatalog gewährleistet bleibe.

Gabriele Sikora (SPD) verwundert die Terminfestlegung für den 22. November. Ihre Fraktion habe diesen Termin eigentlich als gestrichen angesehen. Dafür habe die zweite Lesung des Haushalts heute stattgefunden. Ohne Wissen der Obleute sei der 22. November wider auf die Agenda geholt worden.

Hätte sie von dem 22. November als Termin für eine ordentliche Sitzung gewußt, hätte auch ihre Fraktion Tagesordnungspunkte eingebracht. Aufgrund des Termindrucks sehe sie sich nicht in der Lage, in der kommenden Woche eine Ausschusssitzung mit einer Tagesordnung in der vorgeschlagenen Umfänglichkeit durchzuführen. Sie bitte um eine Verschiebung auf Januar. In der nächsten Woche solle lediglich die dritte Lesung des Haushalts stattfinden.

Ute Koczy (GRÜNE) gibt ihre Ansicht wieder, der Termin sei abgesprochen gewesen.

(Gabriele Sikora [SPD]: Mit mir nicht!)

Die Möglichkeit einer Terminkollision bei zwei Terminen in einer Woche sehe sie schon. Gegen eine Absetzung spreche aus ihrer Sicht insofern nichts.

Ilka Keller (CDU) betont, die Behandlung der Tagesordnungspunkte sei für ihre Fraktion als Informationsgrundlage haushaltsrelevant.

Stellvertretende Ausschußvorsitzende Inge Lagemann erinnert daran, daß die Termine mit dem Vorsitzenden abgesprochen worden seien. Sie habe in ihrem Terminkalender den 22. November für Haushaltsberatungen reserviert, wie im übrigen auch in allen anderen Fachausschüssen die Haushaltsberatungen in der nächsten Woche beendet würden. - Der **Ausschuß** verständigt sich darauf, eine Lösung des Terminproblems im Rahmen eines im Anschluß an die Sitzung stattfindenden Obleutegesprächs zu erreichen.

gez. Inge Lagemann

stellv. Vorsitzende

Anlage

17.11.1999/24.11.1999

175

Landtag Nordrhein-Westfalen

12. Wahlperiode

E 12/1863

Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

12.11.1999

Prof. Dr. Horst Posdorf

Einladung

48. Sitzung (öffentlich)

des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik

am Montag, dem 22. November 1999

13:30 Uhr, Raum E 1 A 16

Landtag Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Gemäß § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuß ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

1. **Stellungnahme der Landesregierung zum Gutachten "Richtungsimpulse" des Eine-Welt-Beirates beim Ministerpräsidenten des Landes NRW**

Vorlage 12/3007

Vorlage 12/2064

2. **"Der Europäische Freiwilligendienst - Eine Chance für Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen?" (Anlage 1)**

Bericht der Landesregierung

3. **"Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union in Brüssel" (Anlage 2)**

EU-Vorlage 12/422

Bericht der Landesregierung

4. **"Zusammensetzung und Arbeitsverfahren des Gremiums zur Ausarbeitung des Entwurfs einer EU-Charta der Grundrechte" (Anlage 2)**

EU-Vorlage 12/447

Bericht der Landesregierung

5. **"Möglichkeiten der elektronischen Erfassung von EU-Förderprogrammen in NRW nach dem Vorbild Portugals" (Anlage 3)**

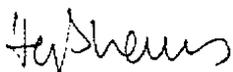
EU-Vorlage 12/455

Bericht der Landesregierung

6. **Verschiedenes**

gez. Prof. Dr. Horst Posdorf
- Vorsitzender -

F.d.R.



Heßhaus
Referat II.1 Europa